

Bezugsgebühr:

Deutschlicher Preis für alle Zeitungen durch unsere
Posten abends und morgens, an
Sonn- und Montagen nur einmal
20 Pf. so viel, durch ausländische Post
mitteleuropä. 30 Pf. bei 3 M. so viel.
Bei ehemaliger Auslieferung durch die
Post 3 M. ohne Belehrung, im Ausland
mit entsprechendem Aufzlage.
Rohrpost oder Briefkasten. Original-
Mitteilungen nur mit deutlicher
Quellenangabe. Preis: Nachr. 3
mehr. Nachrichtliche Korrespondenz
nur für die beiden überlieferten:
unsererzeitige Pressezeitungen
weiter nicht aufzunehmen.

Telegraphen-Abreise:
Nachrichten Dresden.

Gegründet 1856.

Dresdner Nachrichten

21 Am See || Kotillon || Am See 21
Kavalierbälle * Attrappen * Luxuskartonnagen
21 Am See Oscar Fischer Am See 21

Hausgeschäftsstelle:
Marienstr. 38, 40.

Anzeigen-Carif.

Zahlung von Kaufanträgen
bis nachmittags 2 Uhr. Sonn- und
Feiertage mit Werktagen von
11 bis 14 Uhr. Die Inhalt der Gründ-
schrift ist in 2 Seiten 20 Pg., An-
kündigungen auf der Vorderseite Seite
25 Pg., der zweitseite Seite auf Zeit-
seite 20 Pg., als Eingangsseite 20 Pg.
Am Rücksinn sind Sonn-
und Feiertagen 1 polig. Gründschrift
20 Pg., auf Werktagen 40 Pg.
Abholung Seite auf Zeitseite und als
Eingangsseite 20 Pg. Auswärts Kur-
säge nur gegen Vorababzahlung.
Zeitungsbücher werden mit 10 Bla-
ttern bezogen.

Berichtsperiode:
Mittwoch, 11 und 21. 2006.

Aug. Reinhardt
9 Seestrasse 9.

Bewährte Präzisions- und kurante Uhren
jeder Art.
Lager feinster Uhrketten und Ringe.



Fußmaschinen

für Platt-, Klumpfüsse, krumme, X-, verkürzte, gelähmte,
kralllose Beine. Knie- u. Hüftstützmaschinen. Kniestreck-
maschinen, für Hüftgelenk-Kreuzbildung u. Verrenkung etc.
fertigt als Spezialität
Bandagist und Orthopäd

Nr. 327. Episod: Königswahl in Norwegen. Textilarbeiterkampf, Handlungsbüchlein Deutschland und Nutzmaß. Witterung: für die Türkei, Lage in Russland. Zeitung-Prozeß. Kühler, veränderlich. **Sonnabend, 25. November 1905.**

Das neue Königreich Norwegen.

In unserer an bedeutenden Ereignissen wohlblich nicht armen Zeit ist nun auch eine Königswahl zu verzeichnen. Kraft des Willens der überwiegenden Mehrzahl der norwegischen Nation in einer von ihm selbst geforderten Volksabstimmung gewählt, besteht jetzt der bisherige Prinz Karl von Dänemark als König Haakon VII. von Norwegen den durch die Unionsauflösung verwaisten Thron; seit 1887, also seit mehr als einem halben Jahrtausend wieder der erste König eines selbständigen norwegischen Einheitsstaates. Damit hat die schwedisch-norwegische Krise ihren erfreulichen Ausgang genommen, der hoffentlich für den ganzen skandinavischen Norden von großer und segnender Bedeutung werden wird. Ein dänischer Prinz und gleichzeitig ein Neffe des großen Königs von Schweden herstellt fortan über das freie Norwegen, und deshalb ist wohl als selbstverständlich zu erwarten, daß Haakon VII. ebenso sein ganzes Streben darauf richten wird, die gelösten staatsrechtlichen Bande zwischen Schweden und Norwegen durch ein aufsichtiges Freundschaftsband zwischen beiden Völkern zu erschaffen, wie er bei seinen Beziehungen auch geeignet scheint, das Zustandekommen eines nordischen Dreiecks zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark wesentlich erleichtern zu helfen. Dadurch allein könnten die drei Nordstaaten im Falle eines Krieges ihre Neutralität bewahren, besser jedenfalls, als wenn sie sich einzeln unter die schützenden Flügel irgend eines europäischen Staates nehmen lassen. Schon hat England seine selbstlose "Freundes"-Hand nach Norwegen hinübergetragen und auf Angst Oktobe der damals provisorischen Regierung den Abschluss eines Bündnisvertrages angeboten, aus dem jedoch — soweit bekannt — nichts geworden ist. Da des neuen norwegischen Königs aber durch seine Gattin in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum englischen Königshause steht und die englische Weise aller Schattierungen in auffallend dringlicher Weise alle norwegischen Dinge so vorwiegend nur vom Standpunkt der auswärtigen und Handels-Politik, und da muß allerdings von unserer Reichsregierung ernstlich verlangt werden, daß für alles darum steht, um in dem neuen Staatswesen englische und deutschfeindliche Einflüsse nicht allzu mächtig werden zu lassen. Es ist an dieser Stelle oft und nachdrücklich auseinandergezogen worden, von welchem entscheidenden Wert es im Falle eines Krieges in der Nordsee für Deutschland ist, ob Norwegen uns gegenüber eine strikte und wohlwollende Neutralität bewahrt oder nicht...

Das Ziel bestien Einvernehmen mit Norwegen zu erreichen, wird unserer Diplomatie um so leichter fallen, als das Deutsche Reich bisher schon und bis in die jüngste Zeit gute Beziehungen zu dem neuen Königreich gesucht hat. Die deutschen Geschwader haben oft und gern ihre Übungsfahrten bis an die norwegischen Küsten ausgedehnt und überall ein herzliches Willkommen gefunden. Wir brauchen weiter nur an die Nordlandstreiten unseres Kaisers, an die Hilfsexpedition nach Aalesund und an den Panzerbesuch des norwegischen Geschwaders in Hamburg zu erinnern, um die guten Beziehungen mit Norwegen zu beweisen. Doch in diesem Jahre wieder der Kaiser noch deutsche Kriegsschiffe Norwegen besuchten, lag in dem durch das Unterneumum verursachten politischen Verhältnissen begründet. Die Entsendung des Prinzen Heinrich mit der "Braunschweig" zum Geleit des norwegischen Königs geschwaders nach Christiania und zur Teilnahme an den Festlichkeiten in der norwegischen Hauptstadt war deutlich, daß die alten guten Beziehungen durch die Neuordnung der Verhältnisse nicht berührt worden sind. So ist denn zu hoffen, daß auch in Zukunft das neue Norwegen großes Interesse darauf legen wird, im Freundschaftsverhältnis mit Deutschland zu bleiben, und die Entwicklung des Prinzen Heinrich als neuen Freundschaftsbeweis wohl zu würdigen wissen wird, wie die Zeitung "Morgenblatt" dies getan hat, indem sie schreibt: "Prinz Heinrich ist als der Vetter der Königin Maud der erste Verweser, der unser Königshaus in der Hauptstadt Norwegens begrüßt. Möge dies ein glückliches Zeichen dafür sein, daß die Freundschaft und Sympathie des Deutschen Kaisers und deutschen Volkes uns in Zukunft erhalten bleiben. Mögen die vielen Bande auf den Gebieten des Seefahrtens und des Handels, welche uns mit dem deutschen Volke verbinden, stets weiter bestehen, zum Wohle für beide Völker." Das ist auch unser Wunsch! — Gewiß kann man deutscherseits Norwegen und seiner Regierung keine Vorchristen machen, mit wem es Freundschaft haben will oder nicht. Auch über etwaige intime Beziehungen Norwegens zu England brauchen wir uns an sich nicht aufzuregen, so lange das nicht auf unsre Kosten geht. Bald wird sich ja zeigen, in welchen Gleisen die neue norwegische Politik wandeln wird, der gegenüber in jedem Fall ein wohlwollender, aber auch gleichzeitig scharf kontrollierender Standpunkt der einzige richtige ist: denn für Deutschland steht hier viel auf dem Spiel!...

Wenn man noch einen kurzen Rückblick auf das Drum und Dran der nordischen Königswahl wirkt, so erscheint der Umstand

interessant, daß selbst bei einem so freiheitlich-demokratisch veranlagten Volk, wie es die Norweger sind, und trotz der republikanischen Gegenbewegung bei der Volksabstimmung dennoch der monarchische Gedanke glänzend gefeiert hat: ein Beweis dafür, wie stark und unausrottbar dieser Gedanke im germanischen Volkswesen wortet, der selbst in jeder Selbstständigkeit der Persönlichkeit, die sich nur im freien Gehorsam beugt; ein Beweis auch dafür, daß man die monarchisch-konstitutionelle Verfassungsform je länger, je mehr als die zuträglichste für die ruhige und stetige Fortentwicklung eines Staates ansieht, während die Schattenseiten der republikanischen Regierungsförderung, besonders durch den fortwährenden Wechsel der Parteiherren, bei dem ganzen staatlichen Leben den Stempel der Unruhe und Unstetigkeit aufdrückt, immer greller und überzeugender zu Tage treten.

Natürlich ist der Entschluß der Norweger, einen König zu wählen, statt die Republik zu proklamieren, unerlässlich. Sozialdemokraten schwarz auf die Nerven gefallen. Mit einiger Mühe hatte man schließlich im "Vorwärts" für das unliebsame Ereignis folgende schärfste antimonarchistische Wendung gefunden: "Welche tiefe Schande für das absolute Prinzip des Gotteshandikats liegt gerade darin, daß der "Pöbel" es wagt, aus eigener Souveränität, durch eigenen Machiavelli einen König zu wählen. Welche Schmach, ja welche Majestätsbeleidigung liegt in der Tatsache, daß sich ein ganzes Volk herausnimmt, seine Landesväter fortzuschicken und wieder ins Haus zu nehmen, als wenn es sich um — Hofsdiener handele. Der ganze Heiligenschein des Gotteshandikats geht ja bei dieser frechen Annahme förmlich aus." Da kam der Telegraph und meldete, daß an dieser "frechen Annahme" gegen das Gotteshandikat sich auch die vier sozialdemokratischen Abgeordneten im norwegischen Storting beteiligt und zusammen mit den bürgerlichen für die Königswahl gestimmt hatten. Das allerdings änderte die Sache. Sofort wurde das andere Pferd gesattelt und im "Vorwärts" geschrieben: "Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich eine republikanische Partei und eine derartige direkte Abstimmung bildet einen internationalen Skandal. Die norwegischen Genossen begründeten ihr selbstes Potum anscheinend damit, daß die Mehrheit des Volkes sich in der Abstimmung für die Monarchie ausgesprochen hätte. Wollten wir uns einmal auf den Boden der unabdingten Anerkennung des jeweiligen Willens der Volksmehrheit begeben und uns in unserem eigenen Verhalten von ihm bestimmen lassen, dann könnten wir überhaupt mit unserem Programm, mit dem Sozialismus einpacken. Denn die Mehrheit des Volkes ist unter der geistigen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie nirgends sozialistisch und wird es eben nicht, bis sie durch uns aufgeweckt wird. Die erste Bedingung dieser Auflösung ist aber das unentwegte Festhalten an den eigenen Prinzipien. Die Aktion unserer norwegischen Bündnerpartei ist offenbar auf eine schiese Auslegung des demokratischen Prinzips hereingefallen. Das Blinde Schmeicheln dem Willen der unaufrärtlichen Volksmassen gegen die eigene Überzeugung ist aber nicht Demokratie, sondern ihr direktes Gegenteil, nämlich — Demagogium." Richtig! Durch ein und dieselbe Tat kränkten die norwegischen Sozialdemokraten das Prinzip des Gotteshandikats aufs tiefste und wurden gleichzeitig in den Augen der deutschen Sozialdemokratie verächtliche Demagogen. Erkläre mir, Graf Berndt, diesen Zwiespalt... so möchte man angesichts dieser Ueberlegung rufen, wenn man nicht möchte, daß der Verfasser manchmal blind macht: der Berliner Parteiverein hat schlechte Zeiten jetzt; die eigenen Genossen werfen ihm Knüppel zwischen die Beine.

Neueste Drahtmeldungen vom 24. Novbr.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichsfinanzreform bringt auch eine anderweitige Regelung der Matrikularkontrakte. Eine völlige Befreiung der Einzelstaaten von unbedeutenden Matrikularkontingenzen ist nicht geplant, wohl aber in ein Höchstmaß dieser Umlagen in Aussicht genommen, und zwar im Betrage von 40 Pg. auf den Kopf der Bevölkerung. In besonderen Fällen, wie Kriegszeiten, bleiben die verhinderten Matrikularkontrakte bereit, auf die Begrenzung der zu leistenden Matrikularkontrakte zu verzichten. Bei 40 Pg. und einer Bevölkerung von 80 Mill. Köpfen würde der von den Einzelstaaten gebenenfalls aufzubringende Betrag sich immer noch auf 2 Mill. belaufen und mit der Summe der Bevölkerung steigen. Was die Einheitlichkeit der Steuerordnungen anlangt, so ist, wie offiziell konstatiert wird, diese in dem Sinne aufzufassen, daß die Steuerordnungen im Hinblick auf die Verteilung der Belastung als organisches Ganzen gedacht sind, aus dem nicht beliebig einer oder der andere Teil ausgeschieden werden darf.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Ansuchen an die Präsidentenwohl im Reichstag wird Staatssekretär Kreibach v. Stengel

Schlüssele
Klappen
Platten
Ringe
Schnüre
Wahlen
Puffer
Riemens

Gummi
Guttapercha
Asbest

fertigt in
garantiert
qualitativen
Qualitäten
E. Böhme
Dresden
Ferdinandstr. 12

M. H. Wendschuch sen., nur Marienstr. 22b
im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11—12 Uhr.

Das neue Norwegen.

Copenhagen. Der bisherige Legationssekretär bei der dänischen Gesandtschaft in London, v. Grevenkamp-Casenfeld, ist zum Gesandten in Christiania ernannt worden.

Paris. Der Senat bewilligte einstimmig die Mittel zur Errichtung einer Gesandtschaft in Christiania.

Die Flottendemonstration gegen die Türkei.

Konstantinopel. Die geisternde Erfolgserreichung der Antwort der Porte hat in den Kreisen der Botschaften deshalb überwunden, weil der Minister des Auswärtigen noch vorwiegend einem Botschafter erklärte, daß die Entscheidung noch nicht erfolgt sei. Es scheint, daß die französischen Antworten im letzten Moment zurückgehalten wurde, daß sie schließlich aber doch genehmigt und abgesetzt wurde. Die Verzettelung der Porte auf den Berliner Vertrag wird als kein glücklicher Einfall betrachtet, da befürchtet wird, daß die Porte in verschiedenen Punkten des Vertrags schadliche Verbindlichkeiten nicht ausgeführt hat und die beteiligten Seiten sich hierauf berufen können. Die am Schlusse der Note ausgesprochene Drohung ist nicht ernst zu nehmen. Eine öffentliche Meinung im europäischen Sinne besteht in der Türkei nicht. Alle Christen wünschen technische, allgemeine Reformen und werden daher auch gegen Teile reformieren, besonders wenn sie von Europa verlangt werden, keinen Widerstand erheben. Die Masse der Moschmedaner ist indifferent und möchte zur Unzufriedenheit und bezüglichen Handlungen erst aufgeruert werden, was jedenfalls ein gefährliches Beginnen wäre und erneute Ereignisse mit schweren Folgen nach sich ziehen würde. Heute tagte wieder ein Ministerrat im Palais.

Konstantinopel. Die geistige Note der Porte enthält, einem drängenden Anlaß folgend, folgende Fazitpunkte: Angesichts der ernsten Unzufriedenheiten einer Finanzmission, die in vollem Widerstreit mit den Souveränitätsrechten des Sultans steht und gezeigt sei, die Nähe des Landes durch Erreichung des Preises des Reiches in den Augen der Untertanen zu kompromittieren, müßte die Porte wiederholen, daß sie die Vorfälle unmöglich annehmen könne. Sie erinnerte die Unterzeichner des Berliner Vertrages daran, daß, während sie beinahe alle ihre Verbindlichkeiten erfüllt habe, andere Länder sehr wenig und ein Land gar nichts geleistet habe. Die Note fährt fort, daß die Porte, trotzdem die Mächte dieses natürlichen Hindernisses der Ausführbarkeit des Vertrags in Macedonien erkannt haben, um die Aufrichtigkeit ihrer Absichten zu zeigen, 1903 auf Verlangen der Entente-Botschaften in die Errichtung eines General-Inspekteurs mit Bivisagenten und in die Reorganisation der Gendarmerie mit ausländischen Offizieren gewilligt und das Bivisagenten angewiesen habe, jedoch dieses nur unter der formellen Bedingung, daß ihre Unabhängigkeit und Integrität nicht verletzt würden. Es wird dann auf die schnelle, vollständige Durchführung der Maßregeln hingewiesen und ausgeführt, daß der Grund für die letzten Ereignisse in dem Hass und den Streitigkeiten der Bevölkerung, sowie in der von außen kommenden Auseinandersetzung zu suchen seien, und der durch die Ottomannische Bank eingeführte Finanzdienst jährlich 600 000 bis 700 000 Pfund Subsidialzölle für die Gehaltszahlung sowie die Hauptausgaben sichere. Während die Porte alles dies leiste und trotz aller Schwierigkeiten ihre guten Absichten zeige, drängten sie die Botschafter der Mächte wegen der Finanzdelegationen, was gegen die Verträge verstößt, die die Unabhängigkeit und die Integrität des status quo garantieren. Sie hoffte, daß die Botschafter nicht auf der Schaffung eines Zustandes bestehen, der gegen die Würde der Porte verstoßen würde, insbesondere nicht zu einer Zeit, in der das Mandat der Bivisagenten und ausländischen Offiziere zu Ende geht. Um jedoch ihre freundlichen, friedlichen Gebräuche für die Mächte zu beweisen, verlängerte die Porte die Mandate der Bivisagenten auf längstens zwei Jahre unter der Bedingung, daß dies das letzte Mal sei. Schließlich erklärt die Porte, daß sie, wenn die Botschafter auf ihrer Würde bestehen und einen härteren Zwang ausüben würden, sie die Verantwortlichkeit für alle Ereignisse ablehnen würde, die daraus hervorgegangen wären, sowie für die Folgen der Unzufriedenheit der ottomanischen öffentlichen Meinung infolge der Verleugnung der Rechte des Reiches.

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Die Antwortnote der Porte auf das Ultimatum der Mächte steht mit der Beweisführung. Die Haltung der Mächte habe die Gebräuche aller Mächte bereit, so tief verletzt, daß falls die Mächte noch weiter gingen, die Porte die Verantwortung für alle weiteren Konsequenzen ablehnen und auf die Mächte weisen müsse. Nichtsdestoweniger werden die Mächte ihre Aktion fortführen. Man erwartet die Bekämpfung der Zivilen Temnos, Samos und Kosken.

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Wegen der Flottendemonstration ist der Baudamiral Husni Pascha in besondere Mission nach den Dardanellen abgesetzt. Die Porte erteilte sämliche Militär- und Zivilbehörden der Küstenstädte und der Archipel-Inseln diesbezügliche telegraphische Befehlungen.

Athen. (Priv.-Tel.) Bei der Einfahrt der verschiedenen Schiffe der Mächte, die sich zur Flottendemonstration gegen die Türkei hier versammeln, fußt es allgemein auf, daß sich die beiden im Hafen liegenden türkischen Kanonenboote an den üblichen Salutschüssen nicht beteiligen.

London. (Priv.-Tel.) Der "Daily Express" meldet aus Athen, daß ein Teil der Mächte im Hafen versammelten internationales Flottille in See gegangen ist. Dieser Teil der vereinigten Streitkräfte der Mächte soll Mitleine befehlen.

Wien. Die "Neue Ar. Pr." meldet: Die Mächte werden die ablehnende Note der Porte nicht beantworten. Ihre Entgegnung besteht in dem Auftrage an die Flottendemonstranten, die Aktion zu beginnen. Die von Wien aus operierte Machtversammlung der Mächte an die Balkanstaaten, sich ruhig und neutral zu verhalten, wird bereits in Belgrad, Sofia und Athen eingetroffen sein.

Zur Lage in Russland.

Petersburg. Marineminister Dixieff lädt die neuwärts gekommenen Werke, die geschlossen waren, morgen wieder öffnen, um den Arbeitern eine leichte Gelegenheit zu bieten, zur Arbeit zurückzufahren. Die meisten anderen Werke in Petersburg sind bis Amtang nächster Woche geschlossen. Die Zahl der jetzt in Petersburg unbeschäftigte Arbeiter wird auf 60 000 angegeben.